

BürgerInnenbrief **Mitte**

31. Juli 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Themen: +++ Videoüberwachung +++ Steuergerechtigkeit +++ Fassadenpolitik +++ Eigentum +++ Arm & Reich +++

»Big Brother bringt nichts«



»Nacht der Chöre: eine Veranstaltung der Initiative »Kultur statt Kameras«

titelte die »Hamburger Morgenpost« am 23. Juli einen ausführlichen Bericht über die Videoobservation am Hansaplatz. Denn tatsächlich hatte die Zahl der Straftaten nach Aufnahme der Überwachung Anfang Juli 2007 in der zweiten Hälfte dieses Jahres sogar noch zugenommen, nämlich von 161 Delikten im ersten auf 190 im zweiten Halbjahr 2007.

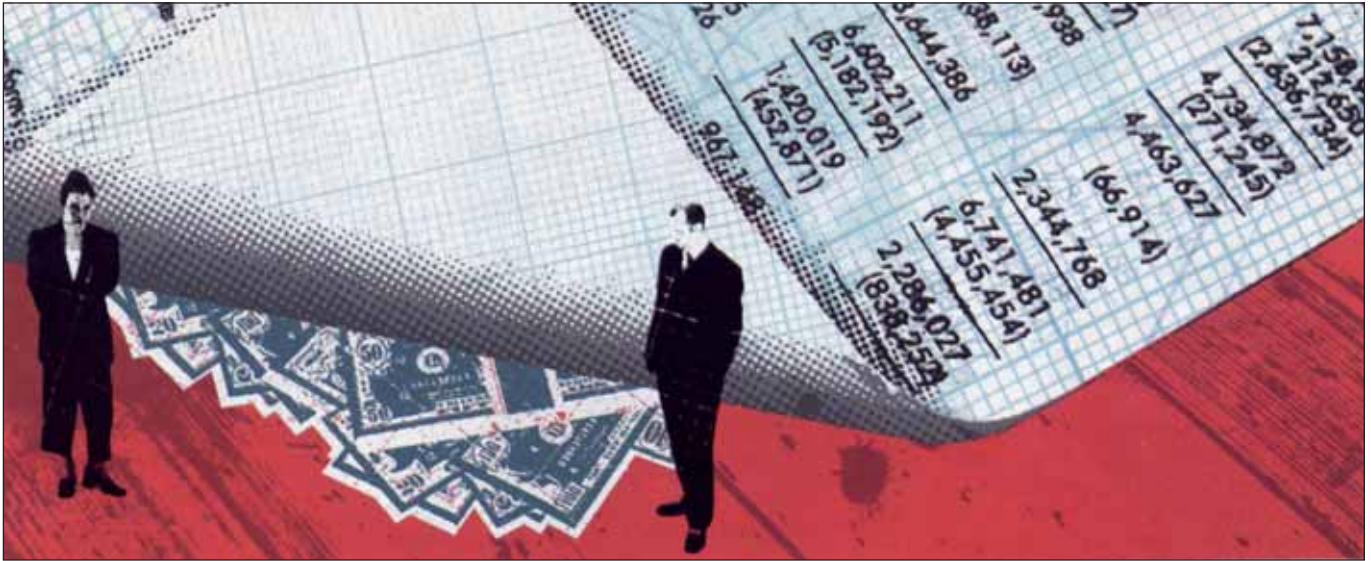
Geliefert wurden die für die Innenbehörde höchst ernüchternden Zahlen im Rahmen einer Kleinen Anfrage, die ich genau ein Jahr nach Installierung der fünf Kameras an den Senat gerichtet hatte (Drucksache 19/660). Die von CDU und GAL getragene Landesregierung will an der Videoüberwachung festhalten, trotz der Misserfolgswahlen und des Umstandes, dass laut Mopo-Bericht im letzten Quartal nicht ein einziger Krimineller durch die Kameras überführt werden konnte.

Damit ignoriert der Senat auch den St. Georger Stadtteilbeirat, der mehrfach ein Ende der teuren Rund-um-die-Uhr-Überwachung eingefordert hat. Wie die GAL mit diesem Problem fertig wird, bleibt offen; zumindest auf Bezirksebene tritt sie nämlich für die Aufgabe der Videoüberwachung ein.

Ich halte die Videoobservation am Hansaplatz für völligen Unfug. Meines Erachtens sollte hier dem Ansatz der örtlichen Bürgerinitiative »Kultur statt Kameras« gefolgt werden, mit hin der Idee und Praxis eines vielfältig belebten und selbst gestalteten Platzes, der keine Überwachungs- und Stigmatisierungstechnik benötigt. Seitens der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN wollen wir prüfen, inwieweit der schwarz-grüne Big Brother in seiner Datengefräßigkeit eingeschränkt werden kann.

Die Videokameras müssen weg!

Steuergerechtigkeit endlich auch in Hamburg?



Auf der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses vor der Sommerpause wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE für mehr BetriebsprüferInnen und SteuerfahnderInnen zusammen mit einem Zusatz-Antrag der Koalitionsparteien einstimmig angenommen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Senat ist aufgefordert, die Praxis des Steuervollzugs der letzten zehn Jahre zu bilanzieren und Schlussfolgerungen aus den gewonnenen Erkenntnissen zu ziehen, die bei der Aufstellung des Haushaltes 2009/10 zu berücksichtigen sind. Obwohl GAL und CDU durch den Zusatzantrag auf Zeit spielen, ist durch die hartnäckige Kritik von SPD und LINKEN deutlich geworden, dass die bisherige Praxis nicht fortgeführt werden kann. Die Regierungsparteien scheinen grundsätzlich akzeptiert zu haben, dass sich beim Vollzug der Steuergesetze etwas ändern muss.

Es ist mehr als überfällig, die skandalösen Zustände im Steuervollzug abzustellen. Während Geringverdiener Steuern zahlen, manche ohne Sozialleistungen nicht mehr leben können, haben Millionäre in Hamburg die Gewissheit, dass sie billig davonkommen. Das können und wollen wir nicht hinnehmen. Endlich wirksame Schritte einzuleiten, damit Reiche und Unternehmen die gesetzlich festgesetzten Steuern bezahlen, ist auch deshalb wichtig, weil die öffentlichen Finanzen in einem desolaten Zustand sind.

Damit sind wir beim mit Beginn der Sommerferien wieder auf den Spielplan der politischen Bühne gesetzten Drama um die maroden Staatsfinanzen. Die Hansestadt ist mit über 25 Mrd. Euro verschuldet und muss daher den Banken und Finanzinvestoren täglich rund 3 Mio. Euro an Zinsen für in der Vergangenheit aufgenommene Kredite zahlen. Der abgewählte CDU-Senat hatte bislang behauptet, dass auf dem angeschlagenen Schiff alles in Ordnung und die Verflüssigung von Vermögen in der Größenordnung von 7 Mrd. Euro keineswegs eine Verschleuderung des landeseigenen »Tafelsilbers« sei. Finanzsenator Freytag spricht lieber von der Modernisierung des Vermögens.

Dass diese Gleichung nicht aufgeht, erkennt man daran, dass der Teilverkauf der HHLA oder der Komplettverkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser keineswegs durch die Kreation der Hafencity oder der Elbphilharmonie ersetzt wird. Wenn produktive Ressourcen durch so genannte Kathedralen oder Leuchttürme ersetzt werden, mag dies gut für das Image sein, eine Optimierung der Wirtschaftskraft oder ein Beitrag zur Zurückdrängung der sozialen Spaltung ist es mit Sicherheit nicht. Dazu kommt, dass die »Leuchttürme« sich mehr und mehr als Millionengräber erweisen – sie werden laufend teurer – gleich ob U 4, Elbphilharmonie oder die Hafenuki.

Die Unruhe über die unseriöse Finanzwirtschaft des alten und neuen Finanzsenators hat die Öffentlichkeit erfasst. Selbst die BILD-Zeitung schockt die ferienreifen BürgerInnen mit der Horrormeldung, der schwarz-grüne Senat plane eine Erhöhung der Gewerbe-, sowie der Grund- und Grunderwerbssteuer. Bürgermeister von Beust ergänzt, dass man wohl um schmerzhaftes Umschichtungen und Verschiebungen von wichtigen Projekten nicht herum komme.

Sicherlich, dies ist die unvermeidliche Begleitmusik im Schlussakt unter der Überschrift »Etatberatungen der Exekutive«. Unbestreitbar ist auch: Trotz hervorragender positiver Überschüsse im Betriebshaushalt (die Konjunktur der letzten Jahre und der massive Sparkurs sind dafür verantwortlich) ist die Lage der hanseatischen Staatsfinanzen bedrückend.

Schon der noch gültige Finanzplan bis 2011 weist ein Defizit in Höhe von 1,6 Mrd. Euro aus. Außerdem wurden kurz vor der Wahl in der Bürgerschaft weitgehend einvernehmlich von Schwarz, Grün und SPD Großmaßnahmen beschlossen, die 800 Mio. Euro kosten. Hinzu kommen so genannte Ausgabereise in Höhe von 1,4 Mrd. Euro. Das sind bewilligte Projekte, bei denen aber noch nicht klar ist, wo das Geld herkommen soll. Die Projekte, die sich die schwarz-grüne Koalition als politische Aufgabe vorgenommen hat, werden mehr als eine Mrd. Euro zusätzlich kosten. Wie also soll dieser Problemberg bewältigt werden?

Für eine weitere Expansion der öffentlichen Schulden plädiert in dieser Situation niemand. Die GAL lässt sich zwar ein Hintertürchen offen, weil sie zu Recht darauf verweist, dass der frühere CDU-Senat keinerlei Vorsorge für eine mögliche Konjunkturabschwächung getroffen hat. Geht es also infolge der globalen Finanzkrise mit der Realökonomie in den Keller und schwächen sich die Steuereinnahmen deutlich ab, wird die schwarz-grüne Koalition auf weitere öffentliche Kredite nicht verzichten können.

Im Zentrum des politischen Handelns zur Eindämmung des Haushaltslochs stehen Ausgabenkürzungen und weitere Vermögensverkäufe. Cheerleader für dieses traditionelle neoliberale Instrumentarium ist der Chef des Landesrechnungshofes Jann Meyer-Abich: »Die Lösung kann nur darin bestehen, auf Basis politischer Vorgaben die Ausgaben zu begrenzen und sich von gewachsenen Aufgaben und Standards zu trennen. Die Menschen verstehen das und werden Sparmaßnahmen akzeptieren, wenn sie nachvollziehbar und gerecht sind.« Bislang haben freilich die BürgerInnen für die sehr einseitige Sparpolitik – Büchergeld, Wegfall der Zuschüsse für Schülerfahrkarten und des Sozialtickets, Kürzung der Mittel für den Breitensport, Studiengebühren – wenig Verständnis gehabt. Die Sparpolitik war nie gerecht und eine Neuauflage wird zu einer Vertiefung der sozialen Spaltung in der Stadt führen.

Hat Hamburg noch Tafelsilber? Meyer-Abich: »Hamburg hat noch Vermögen; denken Sie nur an die vielen Grundstücke und Unternehmensbeteiligungen. Bisher war es aber so, dass der Stadt bei dem Verkauf von Vermögen erhebliche Einnahmen verloren gegangen sind. Man denke nur an die HEW: Heute fehlen die Einnahmen, die Steuerungsmöglichkeiten für die Strompreise und für die Arbeitsplätze. Der Erlös von Verkäufen aber ist weitgehend für laufende Ausgaben wie Gehälter und Sozialhilfe ausgegeben worden und jetzt endgültig weg.« Der Rechnungshofpräsident hat Recht, der Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und Immobilien ist längerfristig kontraproduktiv. Also doch Neuverschuldung?

Die SPD und DIE LINKE der Hansestadt haben eine Verbesserung im Steuervollzug als wichtige Handlungsoption vorgeschlagen. Der Rechnungshofpräsident – lange Zeit Kritiker der unzureichenden Praxis – distanziert sich von der früheren Analyse: »Die Zahl der Betriebsprüfer zu steigern, scheint mir dabei aber der falsche Weg zu sein. Je mehr Prüfer eingestellt werden, desto geringer wird ein etwaiger Betrag sein, den jeder hereinholt. Zudem kann eine zusätzliche Steuerprüfung auch dazu führen, dass die Erstattungszahlungen durch den Staat steigen. Der bessere Weg besteht in der Vereinfachung des Steuerrechts. In dem Augenblick, in dem das Steuerrecht vereinfacht wird und insbesondere die Subventionstatbestände abgeschafft werden, haben Steuererechtigkeit und Mehreinnahmen eine bessere Chance.«

Dass Steuergesetze revidiert werden müssen, ist unstrittig. Es geht aber nicht nur um Vereinfachung. Es geht auch darum, mit Blick auf die Vermögenserträge und das dynamische Wachstum der Vermögenstitel zu einer gerechten Besteuerung zu kommen. Alle Einkommensarten müssen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen und besonders die in den letzten Jahren massiv entlasteten leistungslosen Einkommen (Zinserträge) einer angemessenen Besteuerung unterworfen werden. Auch DIE LINKE fordert eine Generalinventur der Steuergesetzgebung. Dies ändert nichts daran, dass die gültigen Steuergesetze rechtstaatlich anzuwenden sind. Und hier gibt es gerade auch in Hamburg Defizite.

Der Hamburger ver.di-Vorsitzende Wolfgang Rose wirft dem Senat zu Recht vor, Einkommensmillionäre »besonders lax« zu prüfen. 880 Einkommensmillionäre habe die Finanzbehörde in ihrer Jahresstatistik der Betriebsprüfung gezählt. »Aber im Jahr 2006 fand nur bei 16 von ihnen eine Betriebsprüfung statt, im Jahr 2007 nur bei 22.« DIE LINKE sieht das ähnlich: Dora Heyenn, Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, sprach von einem »Zwei-Klassen-Steuervollzug« und forderte, die Zahl der Betriebsprüfer auf mindestens 900 und die der Fahndungsprüfer auf mindestens 80 aufzustocken.

»Fassadenpolitik« und »Shared Space«

Der Abstieg der GAL zu einer ganz normalen Partei des »gehobenen Mittelstandes« mag einige mit Häme erfüllen, andere bedauern diese Entwicklung – beispielsweise diejenigen, die ihr kommunalpolitisches Engagement noch in den 1980er Jahren zu schätzen wussten. Doch seitdem hat sich diese Partei weitgehend aus der Stadtteilarbeit zurückgezogen, Politik wird vor allem in den Bezirksversammlungen und in der Bürgerschaft und jetzt eben auch gemeinsam mit der CDU im Senat gemacht. Dass dabei immer öfter eine Politik herauskommt, die die kritischen Akzente ausblendet und die sozialen Auswirkungen negiert, ist Teil dessen, was man »grüne« Tragik nennen könnte. Die Zustimmung zur Millionen verschlingenden Elbphilharmonie gehört ebenso dazu wie die zum fragwürdigen Tamm-Museum – und das gilt leider auch für die Stadtentwicklungspolitik zum Beispiel in St. Georg.

Schon im Jahre 2000 hatte die GAL-Fraktion im Bezirk Mitte den Investorenplänen für das im Höchstgebotsverfahren von der Stadt verhöckerte Schulgebäude Koppel 96/98 zugestimmt. Aus den ehemaligen Klassenzimmern wurden edel sanierte Eigentumswohnungen zum Quadratmeterpreis von bis zu 6.000 Euro, aus der im Stadtteil dringend benötigten, zur Langen Reihe hin gelegenen Turnhalle ein hippestes Restaurant. Massiver Widerstand aus dem Viertel – ohne die GAL – hat diese Veränderungen verzögert, aber eben nicht verhindert. Damit war der »Aufschickung« großer Teile St. Georgs endgültig Tür und Tor geöffnet: Für rund 200 Wohneinheiten wurden Abgeschlossenheitserklärungen erwirkt – als Einstieg in die Umwandlung von erschwinglichen Miet- in meist teuer sanierte Eigentumswohnungen. Daneben hat eine anhaltende Mietpreisexplosion Menschen mit geringem Ein-

kommen verdrängt. Jüngste Zahlen des Statistikamtes Nord belegen, dass St. Georg zwischen 1998 und 2007 einen Bevölkerungsverlust von fast 1.000 Menschen (- 8,5 %) hinnehmen musste, den zweitstärksten Rückgang in ganz Hamburg!

Seit über zehn Jahren fordern der Einwohnerverein und der Stadtteilbeirat eine soziale Erhaltenssatzung, eines der wenigen Instrumente, um die Umwandlungs- und Aufwertungs-spirale einzudämmen. Doch was verkündete die GAL im Verbund mit ihrem bezirklichen Koalitionspartner SPD im Jahr 2007? Eine städtebauliche Erhaltenssatzung, die zwar vorhandene Altbauten vor allzu brutalen Abrissbirnen schützt, nicht aber die hinter den Mauern wohnenden Menschen!



Hinter der »Fassade« Koppel/Schmilinskystraße entstehen Eigentumswohnungen für 800.000 Euro.

Welche absurden Konsequenzen diese »Fassadenpolitik« hat, kann man gegenwärtig sowohl an der Langen Reihe 57/59 als auch an der Ecke Koppel/Schmilinskystraße sehen. Wo – wie im zuletzt genannten Haus – einst Carl Legien die Reorganisation der deutschen Gewerkschaften betrieb und bis vor kurzem günstige Mietwohnungen existierten, steht heute nur noch die »Fassade«. Dahinter entstehen nach Umsetzung der

von GAL und SPD ohne Not genehmigten Abriss- und Neubaupläne der »Frank Heimbau Nord GmbH« »hochwertige Eigentumswohnungen« zu Preisen von bis zu 800.000 Euro. Der GAL-Fraktionsvorsitzende Michael Osterburg hat auf St. Georger Stadtteilbeiratssitzungen diese die »städtebauliche Eigenart« St. Georgs angeblich so schützende (Fassaden-)Politik mit Vehemenz verteidigt...

Der neueste kommunalpolitische Hit, den ursprünglich die GAL vor gut anderthalb Jahren ins Gespräch gebracht hatte, ist das Konzept »Shared Space«. Hinter diesem schillernden Begriff verbirgt sich die Idee, dass sich FußgängerInnen, Rad- und AutofahrerInnen den gleichen Verkehrsraum teilen, was durch den Abbau sämtlicher Schilder und die Absenkung des Gehweges auf das Straßenniveau erreicht werden soll.

Ich will gar nicht bestreiten, dass diesem Ansatz eine durchaus interessante und zu diskutierende Verkehrsphilosophie zu Grunde liegt. Im konkreten Fall jedoch verschließt die GAL einmal mehr die Augen vor sozialen Aspekten. Der Schöpfer von »Shared Space«, der inzwischen verstorbene holländische Verkehrsplaner Piet Mondermann, hatte sich auf einer Veranstaltung in St. Georg Anfang Juli 2007 auch zu den möglichen mittelfristigen Auswirkungen dieses Konzepts geäußert: In anderen Städten haben sich die Mieten der BewohnerInnen und Gewerbetreibenden betroffener Straßenzüge nach fünf Jahren verdoppelt, zudem sei eine massive Zunahme von Fußgänger- und Touristenströmen samt Cafébetrieben zu verzeichnen gewesen...

Allen voran die GAL möchte nun mit Macht ausgerechnet die Lange Reihe zur ersten Shared-Space-Zone im Bezirk Mitte machen, entgegen den ausdrücklichen Voten von Bürger- und Einwohnerverein, entgegen allen kritischen Einwänden hinsichtlich der zu erwartenden Verdrängung von Mieterschaft und verbliebenen Nahversorgern. Wie die GAL mittlerweile tickt, wurde auf einer Podiumsdiskussion am »autofreien Sonntag« am 20. Juli 2008 auf der Langen Reihe deutlich: Der erst vor kürzerem zugezogene St. Georger GAL-Sprecher Oliver Neal lehnte jegliche Kritik am Shared-Space-Konzept für die Lange Reihe in Bausch und Bogen ab und behauptete dreist, Aufschickung und Mietpreiserhöhungen fänden sowieso statt und seien auch nicht zu verhindern.

Er hätte ehrlicher Weise hinzufügen sollen, dass die Verhinderung von letzteren schon seit Jahren kein zentrales Anliegen der GAL mehr ist und die Partei durch ihre Politik maßgeblich zur Gentrifizierung des Viertels beigetragen hat. Die Umwandlung von städtischem Eigentum in private Spekulationsobjekte, die Vernichtung von günstigem Wohnraum zugunsten von Eigentumswohnungen, die Verdrängung von altingesessenen Gewerbetreibenden und BewohnerInnen, vor allem von Familien, MigrantInnen und SeniorInnen mit wenig Geld, all diese Entwicklungen in St. Georg rufen bei der GAL heutzutage keinen Widerspruch mehr hervor. Die vernünftigen und fortschrittlichen Aspekte in der Kommunalpolitik der GAL der 1980er Jahre werden inzwischen von der LINKEN vertreten: eine an den Interessen von BewohnerInnen und Kleingewerbetreibenden ohne dicken Geldbeutel orientierte Stadtteilentwicklung.



Eindrücke von den Geschäften vor allem auf der Langen Reihe vermittelt zur Zeit eine Fotoausstellung unter dem Titel »Angehaltene Zeit – Alte Läden in St. Georg und die Menschen dahinter«. Die Bilder stammen von Mathias Thurm, der vor sechs Jahren sein Fotoatelier in der Greifswalder Straße aufgemacht hat. Seitdem diese Fotos entstanden sind (zwischen Sommer 2007 und Sommer 2008), haben schon wieder drei Geschäfte geschlossen. Die Ausstellung ist im Kulturladen (Alexanderstraße 16) noch bis zum 3. September zu sehen, und zwar montags bis donnerstags von 10 bis 21 Uhr, freitags zwischen 16 und 21 Uhr und sonntags von 15 bis 21 Uhr.

Abgeschlossenheitserklärungen

Zu den zentralen Phänomenen der Gentrifizierung bzw. »Aufwertung« der innerstädtischen Quartiere gehört neben den galoppierenden Mietpreisen die hohe Zahl der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Bis heute gibt es keine gesicherten Angaben darüber, wie viele Objekte in den Quartieren als Miet- oder als Eigentumswohnungen unterhalten werden; einzig die Zahl und Lage der Sozialwohnungen wird genau erfasst. Für die soziale Zusammensetzung und Entwicklung eines Viertels aber ist es von eminenter Bedeutung, zu wissen, ob eine Wohnung z.B. für 650 Euro vermietet oder zum Preis von einer halben Million Euro verkauft wird. Finden solche Umwandlungen und Verkäufe in relativ kurzer Zeit statt, kann dies einen Stadtteil nachhaltig verändern.

Daten werden dazu nicht erhoben. Um so erstaunter entnehme ich der Senatsantwort auf meine kürzlich eingereichte Kleine Anfrage zu diesem Thema (Drucksache 19/661), dass auch die »Abgeschlossenheitserklärungen von der amtlichen Statistik nicht erfasst« werden. Eine Abgeschlossenheitserklärung ist die formale Voraussetzung dafür, dass eine Miet- in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden kann. Diese Erklärung muss für jede Wohnung einzeln beim Fachamt Bauprüfung des jeweiligen Bezirks beantragt werden und ist der einzige sichere Indikator, wie sich das Verhältnis von Miet- und Eigentumswohnungen verändert.

Zu jeder Abgeschlossenheitserklärung gibt es also eine behördliche Akte oder Notiz, »der Bau- und Denkmalschutz-

schuss der Bezirksversammlung wird« sogar, wie es in der Senatsantwort heißt, »regelmäßig über die erteilten Abgeschlossenheitsbescheinigungen informiert«. Warum sich der Senat dennoch nicht in der Lage sieht, die Zahl der in den vergangenen zehn Jahren erteilten Abgeschlossenheitsbescheinigungen für die Neustadt, St. Pauli und St. Georg zu nennen, kann ich nicht nachvollziehen. Die Mitteilung, »die zur Beantwortung benötigten Daten werden vom zuständigen Bezirksamt statistisch nicht erfasst«, dürfte zwar richtig sein, hat aber gleichwohl Methode, denn das zuständige Bezirksamt legt offenbar keinen gesteigerten Wert darauf, diese wichtigen Daten auch zu dokumentieren oder gar den jeweiligen Stadtteilgremien zu übermitteln.

Über das Eigentum, seine Veränderungen und Verschiebungen soll auch in dieser Stadt der Deckmantel des Schweigens ausgebreitet werden. Gegen diese interessegeleitete Heimlichtuerei ist DIE LINKE angetreten und gewählt worden. Die Daten der Kameraüberwachung am Hansaplatz brauchen wir wirklich nicht, qualifizierte Daten für eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik um so nötiger. Wir fordern daher, dass die Bezirke die ausgestellten Abgeschlossenheitsbescheinigungen auch statistisch und nach ihrer (Straßen)Lage in den Quartieren erfassen und vor Ort bekannt geben. Die entsprechenden Daten müssen in die alljährlich publizierten »Stadtteil-Profile« des Statistik-Amtes Nord einfließen und damit allgemein zugänglich werden.

Schwarz-Grün gegen Armuts-/Reichtumsbericht

Ein detaillierter Armuts- und Reichtumsbericht ist für ein zielgerichtetes sozialpolitisches Handeln unerlässlich. Dennoch hat die schwarz-grüne Koalition den Antrag, künftig einen auf die verschiedenen Stadtteile bezogenen Bericht vorzulegen, weggestimmt. Als Opposition hatte die GAL noch für einen Armutsbericht gekämpft, als Regierungspartei will sie von ihrem früheren Engagement nichts mehr wissen. Ihre Vertreterin im Sozialausschuss, Nebahat Güçlü, lehnt die Berichterstattung über die Situation in den Stadtteilen ab. Zugleich will die GAL auch in Mitte das CDU-Programm der lebenswerten Stadt ausbauen und ausweiten. Mit diesem Programm hatte die CDU auf die wachsende soziale Spaltung reagiert und war in bescheidenem Ausmaß von der bisher verfolgten Sparpolitik abgerückt.

Armutsbekämpfung und -vermeidung ist eine Querschnittsaufgabe. Wir brauchen Armutsbeauftragte in den Ländern, die sich der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gleichermaßen annehmen und diese koordinieren. Es ist kein Zerrbild, wenn amtlich festgestellt wird: »Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ... gingen die Bruttolöhne und -gehälter real zwischen 2002 und 2005 von durchschnittlich 24.873 Euro auf 23.684 Euro um 4,8% zurück.«

Die wachsende Ungleichheit bezieht sich auch auf die Einkommensarten. Die Zunahme der Reichen hat einen eindeutigen Hintergrund. Vom Wachstum des Volkseinkommens von 2000 bis 2007 in einer Größenordnung von ca. 300 Mrd. Euro haben die EmpfängerInnen von Unternehmens- und Vermögenseinkommen den Löwenanteil von 73% eingesackt, während für die Lohnabhängigen gerade mal 27% blieben. Auch die EmpfängerInnen von Renten und anderen abgeleiteten Einkommen schauten in die Röhre.

Die Einkommensarmut nimmt in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) argumentiert, dass im Jahr 2006 11,4% der BundesbürgerInnen in der Zone des »prekären Wohlstands« leben.

Hauptfaktor für die soziale Spaltung ist die Scherenentwicklung zwischen Lohnarbeit und Kapital- sowie Vermögenseinkommen. »Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Zunahme des Niedriglohnbereichs wider, der in dieser Be-

trachtung bei einem Verdienst von weniger als zwei Dritteln des Durchschnitts (Median) der Bruttoerwerbseinkommen der Gesamtbevölkerung angesetzt wird. Nach dieser Definition waren im Jahr 2005 36,4% aller Beschäftigten dem Niedriglohnbereich zuzurechnen. Im Jahr 2002 waren dies mit 35,5% noch etwas weniger. Anfang der 1990er Jahre zählte dagegen nur etwas mehr als ein Viertel aller Beschäftigten zum Niedriglohnbereich.« (DIW)

Die Einkommen der Großverdiener und Besitzer hoher Vermögen sind deutlich gestiegen. Trotz historisch beispiellos niedriger Steuersätze für Großverdiener lamentieren diese über untragbare Belastungen und entziehen sich der Finanzierung des Gemeinwesens durch Verlagerung nach Liechtenstein oder in andere Steueroasen. Der gesetzmäßige Vollzug der Steuergesetze ist in der Bundesrepublik Deutschland trotz extremer Niedrigbesteuerung nicht mehr gewährleistet.

Die Gewerkschaften und Sozialverbände fordern als Sofortmaßnahme gegen die wachsende Ungleichheit, die Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro anzuheben. Davon würden alleinerziehende Mütter, bedürftige Rentner und Langzeitarbeitslose gleichermaßen profitieren. Außerdem müsse rasch wieder die Möglichkeit geschaffen werden, große einmalige Belastungen – wie bei der Einschulung von Kindern, dem Ersatz von Haushaltsgeräten oder notwendigen Reparaturen – von den Sozialämtern finanzieren zu lassen, denn von 347 Euro im Monat kann man keine entsprechenden Rücklagen bilden. Zudem müsse der Hartz-IV-Satz für Kinder um mindestens 20% von 208 auf 250 Euro angehoben werden. Auch eine armutsfeste Rentenpolitik muss auf den Weg gebracht werden, wenn eine weitere Zunahme der Armutsquote verhindert werden soll.

DIE LINKE kritisiert den bisher in unregelmäßigen Abständen erstellten Lebenslagenbericht des Senats als unzureichend, da sich auf dieser Basis keine tragfähigen sozialpolitischen Entscheidungen treffen lassen. Auch für die politische Wirkungsforschung reicht die Lebenslagenberichterstattung nicht aus. DIE LINKE hatte insbesondere darauf gedrungen, Armut und Reichtum als zusammenhängende Phänomene zu erheben und deren sozialräumliche Verteilung in Hamburg abzubilden.

Bürgerbüros der LINKEN in Mitte

Die Renovierungsarbeiten in den vorgesehenen Bürgerbüros der Mitglieder der LINKEN-Fraktion in der Bezirksversammlung Mitte und auch von mir in der Borgfelder Str. 83 haben sich leider verzögert. Sobald Bürozeiten festgelegt werden können und die Telefonanschlüsse freigeschaltet sind, werde ich an dieser Stelle darüber informieren. Bis dahin erreichen Sie mich über die unten angegebene Anschrift.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.